

## Pressekonferenz des Österreichischen Gemeindebundes

### **Thema:**

Gemeinde-Landesräte treffen einander zum Krisengipfel  
Sozial- und Pflegekosten in den Gemeinden explodieren  
Mehr als 800 Abgangsgemeinden im Jahr 2010

### **Teilnehmer:**

**Bgm. Helmut MÖDLHAMMER**

(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

**LR Dr. Josef STOCKINGER**

(Gemeindereferent des Landes OÖ)

### **Ort:**

OÖ Landesregierung  
Büro LR Josef Stockinger

### **Termin:**

18. Mai 2010; 13.00 Uhr

**Der Österreichische Gemeindebund bedankt sich für Ihr Kommen!**

## Gemeinde-Gipfel: Finanzielle Lage der Gemeinden ist dramatisch

### Sozial- und Pflegekosten explodieren, mehr als 800 Abgangsgemeinden im Jahr 2010

Die finanzielle Lage der österreichischen Gemeinden wird immer angespannter. „Nach jüngsten Berechnungen werden im Jahr 2010 zumindest 821 österreichische Gemeinden nicht mehr ausgeglichen bilanzieren können“, berichtet Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. Dies gehe aus den Voranschlägen der Kommunen für das Rechnungsjahr 2010 hervor. „Ich habe daher alle Landesräte mit einer Zuständigkeit für Gemeinden eingeladen, bei einem Krisengipfel die Lage zu besprechen und über Auswege zu diskutieren“, so Mödlhammer.

Befürchtet wird, dass im Rechnungsjahr 2010 mehr als 800 der insgesamt 2.357 Gemeinden nicht aus eigener Kraft ausgeglichen bilanzieren werden können. „Das heißt natürlich noch nicht zwangsläufig, dass die Gemeinden pleite sind oder neue Schulden aufnehmen müssen“, so Mödlhammer. „Es heißt aber, dass nun ein Zustand eintritt, vor dem wir lange gewarnt haben. Die Aufgaben nehmen Jahr für Jahr zu, die finanzielle Ausstattung kann damit aber nicht Schritt halten.“ Derzeit werden etwaige Abgänge der Gemeinden oftmals durch Bedarfszuweisungen ausgeglichen. Diese Mittel sind für die Gemeinden gewidmet, werden aber von den Ländern verwaltet. Diese Förderung im nachhinein ist eine Funktionsgarantie für die Gemeinden.

#### Abgangsgemeinden lt. den Voranschlägen 2010

Bgl	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	T	V	Summe
63	63	175	307	12	119	28	54	821

Die stark gesunkenen Ertragsanteile – bedingt durch den Einbruch bei den Bundessteuern – verschärfen das Problem zusätzlich. „Allein im Jahr 2009 haben die Gemeinden rund 400 Mio. Euro an Ertragsanteilen verloren“, so Mödlhammer. „Im ersten Halbjahr 2010 sind die Ertragsanteile um weitere 8,5 Prozent gesunken, das sind erneut 200 Mio. Euro weniger an Einnahmen für die Gemeinden. Das ist eine katastrophale Entwicklung, die dazu führt, dass wir unsere Aufgaben in der bisherigen Form nicht mehr erfüllen werden können.“ Mit einer Erholung rechnen Wirtschaftsforscher erst ab 2011. Laut Prognose wird das Einnahmenniveau der Gemeinden von 2008 erst wieder im Jahr 2012 erreicht werden können.

## Gegenüberstellung Ertragsanteilvorschüsse 1. Halbjahr 2010 / 1. Halbjahr 2009

In Mio. €	Bgld	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	T	Vbg	Summe
<b>Ertragsanteil- Vorschüsse 1. Halbj. 2010</b>	<b>87,5</b>	<b>217,3</b>	<b>555,2</b>	<b>534,3</b>	<b>236,1</b>	<b>431,9</b>	<b>294,9</b>	<b>154,7</b>	<b>2.511,9</b>
<b>Ertragsanteil- Vorschüsse 1. Halbj. 2009</b>	<b>95,5</b>	<b>235,5</b>	<b>611,4</b>	<b>582,9</b>	<b>260,8</b>	<b>465,4</b>	<b>321,1</b>	<b>172,2</b>	<b>2.744,8</b>
<b>Rückgang in %</b>	<b>-8,4</b>	<b>-7,7</b>	<b>-9,2</b>	<b>-8,3</b>	<b>-9,5</b>	<b>-7,2</b>	<b>-8,2</b>	<b>-10,2</b>	<b>-8,5</b>

## Prognose der Ertragsanteile bis 2014

Kassenmäßige Ertragsanteile inkl. Spielbankabgabe, zzgl. in EA umgewandelte Transfers, abz. Selbstträgerschaftsausgleich in Mio. Euro	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Burgenland	193	207	193	184	195	205	215	223
Kärnten	475	517	475	457	480	503	526	548
Niederösterreich	1.207	1.302	1.231	1.174	1.246	1.306	1.369	1.424
Oberösterreich	1.159	1.254	1.176	1.127	1.187	1.245	1.305	1.358
Salzburg	509	555	515	496	524	549	575	598
Steiermark	949	1.016	948	910	962	1.008	1.056	1.099
Tirol	629	682	646	621	655	686	718	746
Vorarlberg	341	364	345	327	347	364	381	396
Wien	1.859	1.999	1.918	1.857	1.906	2.000	2.094	2.181
<b>Summe</b>	<b>7.321</b>	<b>7.896</b>	<b>7.447</b>	<b>7.154</b>	<b>7.502</b>	<b>7.866</b>	<b>8.239</b>	<b>8.574</b>

Den sinkenden Einnahmen steht ein massiver Zuwachs an Aufwendungen für den Sozialbereich gegenüber. Über alle Gemeinden gerechnet lag allein der Anstieg bei der allgemeinen Sozialhilfe um 8,5 Prozent über den Ausgaben des Vorjahres. Seit 2004 sind diese Ausgaben um 30,2 Prozent gestiegen. „Das sind Zuwächse, die Gemeinden naturgemäß nicht verkraften können“, so Mödlhammer.

Der Sozialbereich ist freilich nicht der einzige Kostentreiber in den Budgets der Gemeinden. Auch der Ausbau der Kinderbetreuung, vom letzten und kostenfreien Kindergartenjahr bishin zum Ausbau der kostenfreien Kinderbetreuung ab dem dritten Lebensjahr in vielen Bundesländern, verschlingt enorme Summen. „Von 2007 auf 2008 sind hier die Kosten um rund 140 Mio. Euro gestiegen und da ist das schwerste Jahr – nämlich 2009 – noch gar nicht dabei. Vielfach werden die zusätzlichen Kosten für die Kinderbetreuung erst im Rechnungsjahr 2009 wirksam, für das noch kein detaillierter Bericht vorliegt“, so Mödlhammer.

2008 gaben die Gemeinden für die Kinderbetreuung insgesamt 1,38 Mrd. Euro aus. Im Vergleich zum Jahr 2000 ist dies ein Anstieg von 35 Prozent. Besser vorstellbar wird das Volumen, wenn man sieht, wie viel eine durchschnittliche Gemeinde pro Jahr und Kind für die Kinderbetreuung im Jahr 2008 ausgeben musste.

Bundesland	Kosten pro Kind
Burgenland	€ 5.196,--
Steiermark	€ 5.057,--
Niederösterreich	€ 4.680,--
Salzburg	€ 4.352,--
Kärnten	€ 4.033,--
Vorarlberg	€ 3.963,--
Tirol	€ 3.657,--
Oberösterreich	€ 3.518,--

Durch den Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes und die Einführung des elternbeitragsfreien Kindergartens ab dem vollendeten 30. Lebensmonat ab September 2009, führte in Oberösterreich bereits zu einem Anstieg der Kinderbetreuungskosten in einer Größenordnung von rund 33 %.

## Starker Anstieg bei Sozialhilfe und Pflege

Die stärkste Ausgabendynamik weist freilich die Sozialhilfe auf, an der die Gemeinden anteilig mitzahlen müssen. Die Sozialhilfe ist länderweise unterschiedlich geregelt, die Gemeinden sind durch ein Umlageverfahren an diesen Kosten beteiligt. Für den Bereich „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ müssen die österreichischen Gemeinden pro Jahr 1, 632 Mrd. Euro ausgeben. In Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern übrigens weit mehr, als in kleineren Gemeinden.

Eine ähnliche Entwicklung ist beim Pflegegeld zu beobachten. Dass diese Entwicklung sich nicht einbremsen, sondern noch stark verschlimmern wird, zeigt ein Blick auf eine WIFO-Prognose der Pflegegeldbezieher. Im Vergleich zu 2006 wird die Gesamtzahl der Pflegegeldbezieher bis 2030 um fast 60 Prozent ansteigen, in dieses Szenario eingerechnet ist etwa bereits eine Verbesserung der medizinischen Vorsorge, die kürzere Pflegezeiten nach sich zieht. (siehe Grafik)

Jahr	Anzahl Bezieher	Veränderung in %
2006	393.120	
2010	441.456	12,3
2020	513.426	30,6
2030	623.083	58,5

Im Bereich der Transferleistungen im Sozialbereich, die von den österreichischen Gemeinden zu tragen sind, bedarf es daher neuer Ansätze.

Die Finanzierung der Altenpflege kann aufgrund der demographischen Entwicklung von den Gemeinden in ihrer jetzigen Weise nicht mehr getragen werden. Im Bundesland Salzburg wurde zum Beispiel zur finanziellen Absicherung der Gemeinden ein politisches Agreement getroffen, welches für Land und Gemeinden einen wechselseitigen Belastungsstopp vorsieht.

Eine nachhaltige Dotation eines Pflegefonds ist hier als Finanzierungsvariante ebenso denkbar wie die Schaffung von bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen für eine verpflichtende Pflegeversicherung. Entscheidend ist, dass die Gemeinden mit einer Veränderung der Finanzstruktur aus der Überforderung in der Finanzierung befreit werden.

## Regelmäßige Treffen zwischen Gemeindevertretern und Ländern

„Es ist wichtig, dass es uns nun erstmals gelungen ist, die politischen Gemeindereferenten der Bundesländer an einen Tisch zu bringen, um die Probleme der Gemeinden zu beraten“, so Mödlhammer. „Wir werden versuchen, hier eine gewisse Regelmäßigkeit zustande zu bringen, weil es auch im Interesse der Länder liegen muss, dass ihre Gemeinden finanziell nicht ausbluten.“ Mit den Ergebnissen dieses Treffens will man nun an die Landesregierungen und an die Bundesregierung herantreten. „Die Gemeinden sind wichtige Player für den öffentlichen Haushalt. Wir sind die Einzigen, die bislang das Maastricht-Ziel immer erreicht haben, wenngleich ich hier für 2010 schwarz sehe. Bund und Länder müssen verstehen, dass sie uns dauerhaft nicht immer mehr Aufgaben, aber immer weniger Geld geben können“, so Mödlhammer.

## **Mödlhammer will mit dem Bundespräsidenten einen „Pakt für Österreich“ initiieren**

„Die Zeit der politischen Spielchen, des Taktierens und der parteipolitischen Interessen muss vorbei sein, wenn wir diese Krise und ihre Folgen durchstehen wollen“, stellt Mödlhammer klar. „Es ist hoch an der Zeit, dass sich die Vertreter aller Gebietskörperschaften, aller Interessensgruppen und verantwortlichen Einrichtungen an einen Tisch setzen, um jene Maßnahmen zu diskutieren und umzusetzen, die nun notwendig sind. Ich werde daher an den Herrn Bundespräsidenten herantreten und ihn darum bitten, einen ‚Pakt für Österreich‘ zu initiieren, eine ähnliche Initiative, wie es damals der Österreich-Konvent war.“ In diesem „Pakt für Österreich“ müssten aber alle Teilnehmer auch den Willen haben, die notwendigen Maßnahmen tatsächlich auch umzusetzen. „Wann, wenn nicht in Zeiten einer beängstigenden Krise müsste die Politik zu so einer Kraftanstrengung in der Lage sein“, so Mödlhammer. „Die Menschen sind zutiefst verunsichert, sie verlangen von der Politik mit Recht, dass sie die drängenden Probleme unseres Landes löst und nicht auf Umfragen schielend Klientelpolitik macht.“

„Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Herr Bundespräsident sich an die Spitze dieser Initiative setzt“, so Mödlhammer. „Das wäre auch ein schöner Beleg für seine aktive Amtsführung.“ Wenn man jetzt nicht schnell, durchdacht und konsequent handle, „dann fliegen uns schon bald die Gesamtfinanzen des Staates um die Ohren.“